

Volkshochschule/Weiterbildung und Schule in der Stadt Offenbach am Main

Wie kann die Kooperation zwischen der Weiterbildungseinrichtung vhs und Schulen in einer Kommune aussehen?

Gabriele Botte, Felicitas von Küchler

Zusammenfassung

Auch in der Stadt Offenbach gibt und gab es immer wieder Berührungspunkte zwischen Volkshochschule und Schulen. Allerdings sind diese häufig eher sporadisch, aufgrund von gerade aufscheinenden Bedarfen (meist an den Schulen) geprägt, die dann auch wieder unter veränderten Rahmenbedingungen entfallen. Es gibt also zwar eine pragmatische Form der Zusammenarbeit in Einzelfällen und kollegial-freundliche Kontakte, aber eine konzeptionelle gemeinsame Entwicklungsarbeit findet in der Regel nicht statt.

Darin zeigt sich, wie stark das unterschiedliche Selbstverständnis und die verschiedene Einbindung in die Stadt- und auf der anderen Seite staatliche Verwaltung wirken, aber auch, dass die beiden Institutionen sich traditionell in Bezug auf die angesprochenen Zielgruppen unterscheiden. Ein ganz gravierender Unterschied ist der, dass Schule natürlich davon ausgeht, dass Unterricht entgeltfrei für die Kinder zur Verfügung gestellt wird, während ein Grundprinzip der Volkshochschularbeit und ihrer Finanzierung dadurch gebildet wird, dass zumindest Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden.

Selbstverständlich finden auch zahlreiche Kurse der vhs örtlich betrachtet an Schulen und deren Turnhallen statt, was aber nicht zwingend zu einer intensiven gemeinsamen Zusammenarbeit führt, sondern pragmatisch über das Gebäudemanagement geregelt wird.

Die Volkshochschule als Aufnehmer und Dienstleister von Schulen

Seit den 1990er Jahren bietet die Volkshochschule unter der Rubrik „junge vhs“ auch ein Programm für Kinder und Jugendliche an, über das wir die Schulleitungen und Kollegien informieren. Sicherlich haben gelegentlich auch einige Lehrkräfte ihre Schüler/-innen auf Veranstaltungen, z. B. in den Ferien, hingewiesen.

Eine spezielle Unterstützung hingegen finden unsere Angebote für „hochbegabte Kinder und Jugendliche“ durch das Staatliche Schulamt, das sowohl finanziell einen

Beitrag leistet und darüber hinaus die Eltern der Kinder über dieses vhs-Angebot, das vor allem in den Ferien stattfindet, direkt informiert.

Ein für die vhs positiver Effekt entstand dadurch, dass einige Förderkreise von Schulen auf das „junge vhs“-Angebot aufmerksam wurden und das Programm als Anregung für zusätzliche Nachmittagsangebote nehmen, für die sie die vhs beauftragen. Solche Angebote sind z. B. Yoga, Zumba, Konzentrationstraining etc. Auch wenn besondere Fördergelder entweder über Projektmittel oder z. B. Stiftungen zur Verfügung stehen, kommen Anfragen an die vhs, z. B. für Kinder mit Migrationshintergrund oder speziell Mädchen mit kulturellen oder naturwissenschaftlichen spannenden Projekten jenseits des Schulunterrichts zu fördern (z. B. Raketenworkshop, Herbstwald o.ä.). Diese Angebote sind davon abhängig, ob Mittel in den Schulen zur Verfügung stehen, die vhs betrachtet sie als Auftragsmaßnahmen, für die sie nicht von den einzelnen Teilnehmenden bezahlt wird, wie sonst in den Kursen der vhs, sondern als Ganzes eine Rechnung erstellt.

In anderen Fällen wiederum werden *Verwaltungskompetenzen* in Anspruch genommen. So hat unsere Volkshochschule für eine Haupt- und Realschule für einige Zeit den zusätzlichen Nachmittagsunterricht organisatorisch abgewickelt. In einem Gymnasium stand zwar Geld zur Verfügung, nicht aber die Kapazität, die Abwicklung organisatorisch zu gewährleisten. Und so hat die vhs für bestimmte Themen entsprechende Honorarkräfte gesucht und die thematische Betreuung organisiert.

Dies alles sind Beispiele dafür, dass die vhs für die Schulen als ergänzender Dienstleister auftritt, wenn dort Bedarfe entstehen, die Schulen aufgrund mangelnder personeller Ressourcen oder mangelnden Know-hows nicht selbst befriedigen konnten. Sobald sich die Rahmenbedingungen in den Schulen ändern, werden die Aufgaben i. d. R. wieder in die Schulen hinein verlagert.

Die Volkshochschule als ergänzender Lernort für Schülerinnen und Schüler

Die Volkshochschule Offenbach verfügt außerdem über ein im Rahmen des Projektes „Lernende Regionen“ entstandenes Selbstlernzentrum, in dem vor allem Schulwissen, PC- und Sprachkenntnisse über Selbstlernprogramme am Computer erworben werden können. Dieses steht auch für Schülerinnen und Schüler gegen sehr geringes Nutzungsentgelt (monatlich) zur Verfügung und wird von ihnen auch besucht. In einigen Fällen nutzen auch komplette Lerngruppen aus Schulen unser SLZ, und es kommen Gruppen z. B. während der Projektwoche zu uns, um besondere Schwerpunktthemen zu behandeln, insbesondere Präsentationstechniken, Mathematikkenntnisse oder auch Bewerbungstrainings, die dann von den Lernberatern auch mit Hilfe der Selbstlernprogramme vermittelt werden.

Natürlich verweisen auch einige Schulen, insbesondere die Berufsschulen, die mit älteren Jugendlichen arbeiten, auf die Angebote im Selbstlernzentrum, die den Unterricht oder das Nachholen von Defiziten unterstützen können.

Auch in diesem Fall handelt es sich um i. d. R. entgeltliche Dienstleistung der vhs für Schüler/innen und Schüler oder die Schulen direkt auf Nachfrage.

Die Volkshochschule als zusätzlicher Bildungsanbieter in Schulen oder für Lehrende

Auch als Anbieter von Weiterbildung oder Prüfungen in Schulen kann die Volkshochschule auftreten, so z. B. für Lehrerfortbildung oder als Prüfungsinstitution.

Hier wären zum einen die Angebote für *Lehrerfortbildung* zu nennen. Unsere Volkshochschule bietet seit langem Fortbildungsangebote für Menschen in pädagogischen und sozialen Berufen an. Angesprochen werden vornehmlich Erzieherinnen und Erzieher in Kitas, aber auch einige Lehrkräfte an Grundschulen machen von diesem Angebot Gebrauch.

Seitdem in Hessen über das Institut für Qualitätsentwicklung und entsprechende Erlasse die Lehrkräfte an hessischen Schulen zur Fortbildung verbunden mit dem Erwerb von einer entsprechenden Anzahl von Punkten verpflichtet wurden, tat sich ein zusätzliches Angebotsfeld für die Volkshochschulen auf. Diese ließen sich als Anbieter und einige ihrer regulären Angebote beim IQ akkreditieren, so auch die vhs Offenbach. Somit waren wir in der Lage, Lehrkräften Teilnahmebescheinigungen mit akzeptierten Akkreditierungspunkten auszustellen, was zunächst zu einem fast „inflationären Akkreditierungswahn“ führte. In manchen Semestern wurden bis zu 20 Angebote als Lehrerfortbildung ausgewiesen, die auf ganz unterschiedliche Nachfrage stießen. Allerdings ist die Bedeutung für die Lehrerschaft wieder zurückgegangen, und dementsprechend wurden die akkreditierten Veranstaltungen mittlerweile auf nur noch zwei reduziert.

Ein besonderes Angebot in der Stadt Offenbach richtet sich an *migrantische Mütter* in Grundschulen, für die die Volkshochschule besonders *niederschwellige Deutschkurse* in den Schulen der Kinder anbietet, zu denen sie auch weitere kleinere Kinder mitbringen können. Diese Kurse werden in enger Zusammenarbeit mit den Schulleitungen eingerichtet, die Ansprache erfolgt über die Schule, eine stärkere Einbindung der Mütter ist erklärtes Ziel. Die vhs ist zwar für den Unterricht und die Kinderbetreuung zuständig, aber gerade hier ist eine ganz enge Abstimmung mit der Schule notwendig und hilfreich. Die entsprechenden Mittel für diese Kurse, für die die Mütter Entgelte nach Selbsteinschätzung nur dann leisten müssen, wenn es ihnen möglich erscheint, stellt die Kommune per Stadtverordnetenbeschluss dem städtischen Amt Volkshochschule zusätzlich zur Verfügung. Von daher besteht in diesem Fall indirekt eine Auftragsmaßnahme des eigenen Trägers.

Schließlich ist die Volkshochschule daran interessiert, dass sie als Sprachenschule, an der auch *Sprachenzertifikate* erworben werden können, wahrgenommen wird, und so werden Schulen angesprochen, ob sie für ihre Schülerinnen und Schüler zusätzlich zu den Angeboten der Schule den Erwerb von telc-Sprachenzertifikaten ermöglichen wollen. Die vhs bietet dann zusätzliche (Crash-)Kurse, zumindest für das Kennenlernen der Prüfungsformate an.

Mit den drei allgemeinbildenden Gymnasien gibt es in diesem Punkt seit einigen Jahren eine erfolgreiche Kooperation für die Sprachen Englisch, Französisch und Spanisch. Allerdings sind Erfolg und Teilnahmezahl ganz stark davon abhängig, in welchem Umfang die an der Schule über die Zertifikate informierenden Lehrkräfte dies tun können, wieviel Zeit und Engagement dafür zur Verfügung stehen. Trotz

besten Willens ist immer wieder festzustellen, dass der Schulbetrieb in den letzten Jahren immer enger getaktet ist, sicher ein Großteil auch G-8 geschuldet, und einem eigenen und umfassenden Rhythmus unterliegt, der solche zusätzlichen Dinge nur schwer kontinuierlich umsetzen lässt. Sie müssen immer wieder fast neu erfunden und angestoßen werden, was mit einem besonderen Kraftaufwand für beide Seiten verbunden ist.

Die Volkshochschule als Teil von HessenCampus und zentrale Stelle für kommunale Weiterbildungscoordination

Eine besondere Form der Zusammenarbeit mit Schulen ist eine hessische Spezialität, nämlich Hessencampus (HC). Nach mehrjähriger Aufbauphase existieren mittlerweile zahlreiche Hessencampi im Regelbetrieb. Das bedeutet, dass Volkshochschulen, Berufliche Schulen, Abendschulen als Kern eines Verbundes in der Weiterbildung zusammenarbeiten. In der Regel betreiben sie gemeinsam Bildungsberatung in den Institutionen und der Kommune, identifizieren nicht gedeckte Bedarfe an Weiterbildung, die dann ggfs. Im Verbund oder von anderen angeboten werden können, entwickeln eigene Weiterbildungsangebote und sind innerhalb der Kommune ein Bestandteil der kommunalen Bildungskoordination, was auch im Weiterbildungsgesetz wie auch im Schulgesetz verankert ist.

In einem Vertrag zwischen Land, Kommune und vor allem den Selbstständigen Beruflichen Schulen ist dies festgehalten, sind Aufgaben, Entscheidungsprozesse und Finanzierung geregelt. In Offenbach gehören neben den städtischen Ämtern Volkshochschule und Stadtschulamt zwei Berufliche Schulen zum Hessencampus. Die Akteure bringen auch jeweils finanziell einen Beitrag ein, 25.000 EUR kommen vom Land über das Staatliche Schulamt, weitere 25.000 EUR über die beiden beruflichen Schulen, und auch die Stadt stellt über den Haushalt der Volkshochschule, wo auch die Koordinierungsstelle angesiedelt ist, 25.000 EUR zur Verfügung. Die Entscheidungen fallen in einer gemeinsamen Steuerungsrunde. In den vergangenen Jahren wurden in Offenbach neben den obligatorischen Beratungsleistungen regelmäßige Abstimmungen vorgenommen, bei Bedarf an den Berufsschulen z. B. zusätzliche Deutschkurse für Seiteneinsteiger ohne Deutschkenntnisse durch die vhs durchgeführt, außerdem über zusätzliche Projektmittel verstärkt Grundbildungsangebote für Erwachsene durchgeführt.

Eines der ersten erfolgreichen innovativen Produkte in Offenbach war die Entwicklung und regelmäßige Durchführung von *Sprachstandserhebungen* für Jugendliche und junge Erwachsene an den Beruflichen Schulen in deren (oder deren Eltern) *Herkunftssprachen* durch Dozentinnen und Dozenten der vhs. Sie werden mittlerweile in sieben Sprachen (Türkisch, Italienisch, Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Arabisch, Russisch) durchgeführt und haben vor allem das Ziel, den Jugendlichen eine Dokumentation zusätzlicher Kenntnisse zu ermöglichen, und ihnen damit auch klar zu machen, dass sie über besondere Potentiale, nicht nur Defizite verfügen. Sie sind insofern ein Bestandteil der in Offenbach angestrebten Willkommenskultur für Migranten. Sie betonen die bi-kulturelle Kompetenz und machen für die jungen Menschen ihre spezifi-

sche Herkunft als Bildungsressource erkennbar und erlebbar. Die gemeinsamen Erfahrungen innerhalb der Aufbauphase von HC haben zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit geführt, auch wenn die Institutionen sehr unterschiedliche Kulturen repräsentieren.

Zwar gab es auch vor Hessencampus schon Ansätze für institutionenübergreifenden Austausch und Absprachen im Bildungsbereich, allerdings eher als unverbindliche Kooperation oder im Rahmen von Projekten, insbesondere im Rahmen des Projektes „Lernende Regionen“, innerhalb dessen ein regionales Bildungsnetzwerk aufgebaut wurde, das zwar durch kommunale Ämter (Arbeitsförderung und Volkshochschule) angestoßen und geführt wurde, allerdings ohne die Kommune selbst verbindlich eingebunden zu haben.

So ist Hessencampus die erste institutionell verfasste und vertraglich geregelte Einheit für Bildungskoordination, hier zunächst im Bereich Weiterbildung.

Es ist sicher kein Zufall, dass nicht nur in Offenbach solche koordinierenden und Neues entwickelnde Aufgaben häufiger bei den Volkshochschulen angesiedelt werden. Sie eignen sich wahrscheinlich in den meisten Kommunen besonders gut dafür, liegen doch meist Erfahrungen in der Akquisition von Projekten und der Einwerbung von Drittmitteln vor, sind sie in der Regel in der gesamten Bildungslandschaft bestens vernetzt und stehen bereits mit zahlreichen anderen Bildungsakteuren in Kooperationsbeziehungen. Nicht zuletzt sind sie geübt in der Kommunikationsgestaltung zwischen Institutionen und in der Moderation von Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen. So besteht in der Regel innerhalb der Kommune eine gute Voraussetzung dafür, dass der vhs ein gutes Vertrauen entgegengebracht wird. Innerhalb der Verwaltung wiederum ist die kommunale Volkshochschule eher ein kleineres Amt, das über einen guten Umgang mit vielen anderen Ämtern verfügt, gute Beziehungen auch als Dienstleister pflegt und – und dieser Punkt ist nicht zu unterschätzen – auch nicht als allzu dominanter und rücksichtslos die eigenen Interessen verfolgender „Teampayer“ erlebt wird.

Aufgrund dieser spezifischen Vorbedingungen wurde dann auch das zunächst von einer kommunalen Projektgruppe beantragte Vorhaben im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“ an der Volkshochschule angesiedelt und die vhs übernahm die kommunale Federführung.

vhs als Ort kommunaler Bildungskoordination

Lernen vor Ort ist ein komplexes Förderprogramm¹ mit dem Auftrag die kommunalen Strukturen und die ämterbezogene Versäulung bei der Bildung aufzubrechen und bessere Kooperationen nicht nur in der Kommune sondern auch mit dem Land zu erreichen, so dass sich eine auf die Bildung bezogene Verantwortungsgemeinschaft von Kommune und Land entwickelt.

Lernen vor Ort geht als Programm über das Verhältnis von Weiterbildung und Schule allerdings weit hinaus. Seine Ansiedlung in Offenbach an der vhs macht aber nicht nur organisatorisch sondern auch konzeptionell Sinn. Die vhs kann nämlich als Institution im kommunalen Gefüge der mit Bildung befassten Ämter eine spezifische

Funktion übernehmen. Sie ist die einzige Institution, die per Selbstverständnis das lebenslange Lernen im Blick hat und darauf bezogene Angebote entwickelt. Sie kann darum eine Überblickskompetenz über Gesamtfragen der Bildung im Lebenslauf entwickeln. Dies ist von besonderer Bedeutung bei der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften, die von Lernen vor Ort angestrebt werden und sich in den letzten Jahren mehr und mehr in einer breiten Bewegung von Kommunen, flankiert durch den Deutschen Städtetag², als Ziel der kommunalen bildungsbezogenen Entwicklung durchgesetzt haben. Dabei spielen diejenigen Kommunen eine Vorreiterrolle, die durch Bundes- oder Länderprogramme (vgl. z. B. LvO, Lernende Regionen, Regionales Übergangsmanagement)³ oder durch Stiftungen wie z. B. der Bertelsmann Stiftung oder der Breuninger Stiftung mit ihren jeweiligen programmatischen Schwerpunkten, die notwendigen Ressourcen in Form finanzieller Mittel und/oder innovativer Konzepte unterstützt werden.

Lernen vor Ort in Offenbach hat in vielfältiger Weise die kommunale Bildungs-kooperation und -koordination weiterentwickelt. Einen besonderen Schwerpunkt bildete dabei die Passung zwischen „kommunalen Bedarfen“ und Schulentwicklung. Das bedarf einer Erläuterung. Per Gesetz sind die Kommunen nur Schulträger mit der Kompetenz zur Regelung der „äußeren“ Schulangelegenheiten, d. h. sie sind verantwortlich für die Schulgebäude, deren zeitgemäße Ausstattung, für die Schulsekretariate und Gebäudeunterhaltung, für den Zuschnitt der Schulbezirke und die Erstellung des Schulentwicklungsplans, mit dem die Art des schulischen Angebots, definiert und fortgeschrieben wird⁴. Die inneren Schulangelegenheiten sind Sache der Länder, das betrifft insbesondere die „Schulentwicklung“, die man sich als Unterrichtsentwicklung, Organisationsentwicklung und Personalentwicklung im Systemzusammenhang denken sollte. Die Entwicklung von Einzelschulen ist somit auch an die Entwicklung des gesamten Schulsystems gekoppelt.

Entwicklungsbegrenzungen: Unterscheidung innere und äußere Schulangelegenheiten

Die konventionelle Unterscheidung zwischen äußeren und inneren Schulangelegenheiten prägt nicht nur die gesetzlichen Zuständigkeiten zwischen Stadt und Land bei der schulischen Bildung sondern auch das Bewusstsein vieler Akteure. Im Prinzip gibt es innerhalb dieses Rahmens nur wenig Spielraum für eine Kooperation von Schule und Kommune, die mehr ist als eine Kooperation in Einzelprojekten an Schulen. Eine bessere Strategie ist für eine Stadt wie Offenbach, die kommunale Situation insgesamt – die kommunale Bedarfslage – zum Bezugspunkt auch für die Entwicklung der Schulen zu nehmen. Prinzipien und Empfehlungen für eine derart ausgerichtete Schulentwicklung hat eine Arbeitsgruppe aus Schulleitern, Amtsleitern von staatlichem, städtischen Schulamt und dem Jugendamt entwickelt, die unter der Geschäftsführung von LvO einen Bericht für Magistrat und Stadtverordnetenversammlung erarbeitet hat, der die weiteren Aktivitäten immer noch beeinflusst.

Die Kommunale Situation

Wie sieht die kommunale Situation aus, die den Bedarf prägt? Offenbach als kleine Großstadt liegt zwar in der prosperierenden Rhein-Main Region, dort hat es allerdings in Bezug auf manche Merkmale eher eine Randlage inne. In Offenbach wohnen⁵ knapp 124.261 Einwohner, davon besitzen 69.214 Menschen (sowohl mit deutscher als auch mit nichtdeutscher Nationalität) einen Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Anteil von 55,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Darunter sind 40.848 Nichtdeutsche und 28.366 Deutsche. Offenbach zeichnet sich insgesamt durch eine eher „junge“ Stadtbevölkerung aus, die mehrheitlich in der Innenstadt wohnt. Die Kommune macht seit Jahren einen wirtschaftlichen Strukturwandel von der Industrieproduktion zur Dienstleistungswirtschaft durch, der den Arbeitsmarkt und die Qualifikationen der Bevölkerung prägt. Der frühere Schwerpunkt industrieller Produktion prägt noch immer die Qualifikationsstruktur: Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort Offenbach verfügen häufiger über einen Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss ohne nachfolgende Berufsausbildung als in anderen hessischen Städten. Die Mehrzahl hat die Volks-, Haupt-, oder Realschule mit einer Berufsausbildung abgeschlossen und ein geringerer Anteil als in anderen hessischen Großstädten verfügt über einen Hochschulabschluss.

Die Schulen in Offenbach sind allein schon durch diese Bevölkerungsstruktur und die räumliche Verdichtung in den Schulen des Innenstadtdgebietes mit einer Vielzahl von „Belastungsfaktoren“ konfrontiert, die das Unterrichten vor besondere Herausforderungen stellen. Wenn in den Grundschulklassen durchschnittlich gesehen die Schüler und Schülerinnen zu 62 % einen Migrationshintergrund aufweisen, heißt das in der Lebensrealität dass in vier Grundschulen eine Quote von 76 % bis 89 % von Kindern mit Migrationshintergrund erreicht wird. Lehrer und Lehrerinnen haben es mit einer Vielzahl von Sprachen, kulturellen Hintergründen und Gewohnheiten zu tun, die sie selber auch kaum einschätzen können – zumindest dann, wenn sie frisch aus der Ausbildung kommen. Gleichzeitig liegen diese Schulen auch in städtischen Gebieten mit einem hohen Anteil bildungsferner Haushalte.

Kommunale Strategien zur Verbesserung der Bildungssituation

Nun gibt es seit einigen Jahren zahlreiche kommunale Strategien, die versuchen, auf diese Gegebenheiten einzugehen⁶, dazu zählen die Förderung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule, oder auch die hohen Beträge, mit denen die Stadt die Kita-Gebühren für diejenigen Eltern übernimmt, die nicht selber über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Die Kommune hat zahlreiche Projekte initiiert, u. a. für Ganztagsangebote in Schulen, mit denen spezielle Fördermöglichkeiten für Kinder geschaffen werden und eine zeitlich ausgedehntere Betreuung sichergestellt wird. Auch in Offenbach ist aber die Kooperation über die Ämter- und Bildungsbereichsgrenzen hinweg ein kritischer Punkt, das hat u. a. dazu geführt, dass die Übergänge von Kita in die Grundschule und von der Grundschule in weiterführende Schulen in

Offenbach von Lernen vor Ort besonders beleuchtet werden und in Konzepte und Prozesse für ein besseres Gelingen münden sollen.

Kooperation an den Übergängen

In einer Arbeitsgruppe mit Führungs- und Leitungspersonen aus dem Kita- und Grundschulbereich sowie mit Vertretern von Stiftungen und von Lernen vor Ort ist ein komplexes Programm erdacht und durchgeführt worden. Es begann mit der Befragung aller Schulleitungen zu Problemfeldern im Kontakt mit der Kommune bis hin zu den „Übergangsproblemen“ und den Kooperationserfahrungen mit den vor bzw. nachgelagerten pädagogischen Institutionen. Danach wurde eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, die zu einer gemeinsamen Wissensbasis von Grundschulen und Kitas beitragen (Wie Kinder lernen, Wie Kinder rechnen lernen). Speziell zum Übergang Kita-Grundschule sind dann in der Mehrzahl der Grundschuleinzugsbezirke Kooperationstreffen von Grundschulen und Kitas mit externer Moderation gegründet worden, die den fachlich-inhaltlichen Austausch, aber auch die praktische Kooperation im Hinblick auf Termine, Förderung der Kinder, Kennenlernen der pädagogischen Konzepte der anderen Institutionen weiterentwickeln. Ergebnis dieser Kooperationstreffen ist nicht nur, dass sich die „Akteure am Übergang“ kennenlernen und eine Vertrauensbasis aufbauen. Es geht auch darum, dass die inhaltlichen Konzepte in den Kitas auf den Übergang in die Schule vorbereiten, und dies in Kenntnis der Grundschulwirklichkeit tun. Gleichzeitig gilt für die Grundschulen, dass sie lernen, sich auf die Mädchen und Jungen vorzubereiten und ihnen mit angemessenen Lernmethoden und -inhalten zu begegnen, die aus den Kitas zu ihnen kommen und nicht damit argumentieren, dass die Kinder unzureichend auf die Grundschule vorbereitet wurden.

An diesem wie auch an anderen Beispielen aus den Aktivitätsfeldern von Lernen vor Ort lässt sich zeigen, dass „Schulentwicklung“ nicht allein durch Gestaltungskonzepte der Länderministerien vorangetrieben werden muss, sondern sich durchaus auf die kommunalen Bedarfe beziehen kann und soll.

Ergebnisse und Folgerungen

Lernen vor Ort hat mit seinem Auftrag hier und an anderen Punkten angesetzt. Dabei zeigt sich, dass es nicht allein darauf ankommt, dass ergänzende inhaltliche Bildungsangebote gemacht werden, sondern vielmehr darauf, die Kooperationsfähigkeit aller involvierten Akteure sicherzustellen, Kommunikation herzustellen und zu unterstützen, die jeweiligen Interessen transparent zu machen und die rechtlichen Begrenzungen, die aus dem Bildungsföderalismus resultieren, klug zu handhaben. Diese Arbeitsprinzipien gelten für alle Vorhaben, die versuchen, die Bildungsk Kooperation zwischen den verschiedenen Ämtern und institutionellen Bereichen zu intensivieren.

Für eine derartige kommunale Querschnittsaufgabe kann die vhs als besonders geeignet angesehen werden, wenn sie

- über kommunale Netzwerkkompetenz verfügt
- ihre Beratungsleistungen zu einem Schwerpunkt ausgebaut hat
- innovative Impulse in die Bildungsdiskussionen einbringt
- Anknüpfungspunkte für vielfältige Kooperationen bietet
- „neue Bildungsdiskurse und „Bewegungen“ unterstützt.

In Offenbach wird gerade diskutiert, eine Fachstelle Bildungskoordination und -beratung an der vhs einzurichten, die dauerhaft Teilaufgaben aus dem Ende August auslaufenden kommunalen Programm Lernen vor Ort weiterführt. Damit wäre erstmals eine spezielle „organisatorische Einheit“ geschaffen, die sich dem „ganzen Bildungsdiskurs“ verpflichtet fühlt und dafür die von Lernen vor Ort entwickelten Grundlagen operativ weiterführt. Die Ansiedelung an der vhs wäre in diesem konkreten Falle von Vorteil, denn die vhs hat sich bereits profiliert als Einrichtung, die die gesamtstädtische Bildungs- und Beratungsinfrastruktur entwickelt und unterstützt. Sie übernehme dann als Fachamt in diesem Bereich eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Stadtverwaltung.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu den Programmleitlinien www.lernen-vor-ort.info. Das Programm wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem europäischen Sozialfonds von 2009 bis 2014 gefördert. Lernen vor Ort ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen. Zu Beginn profitierten davon 40, in der zweiten Phase noch 35 Kommunen und Kreise.
- 2 Der Deutsche Städtetag hat sich bereits 2007 mit seiner Aachener Erklärung für ein stärkeres Engagement der Kommunen in der Bildung ausgesprochen und dies mit der Münchner Erklärung von 2012 bekräftigt.
- 3 Weitere Beispiele aus anderen Bundesländern finden sich auch bei W. Weiß Kommunale Bildungslandschaften: Chancen, Risiken und Perspektiven, Veröffentlichungen der Max-Traecker-Stiftung, Weinheim und München 2011.
- 4 Die regionale Schulentwicklungsplanung ist dem kommunalen Schulträger gem. § 145 Hessisches Schulgesetz zugewiesen.
- 5 Ende des Jahres 2012, alle Daten aus dem Erziehungs- und Bildungsbericht Offenbach 2013.
- 6 Offenbach hat außerdem ein für die Finanzsituation der Kommune sehr anspruchsvolles Programm des Schulbaus und der Sanierung angestoßen und so versucht, die äußeren Bedingungen des schulischen Lernens zu verbessern.